

Berlin will Öko-Heizungen stärker fördern

Gesetz geplant – SPD-Politiker Scheer kritisiert „Lustlosigkeit“

Berlin – Bei Neubauten soll künftig ein Drittel der Wärme aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Diese Verpflichtung will SPD-Umweltpolitiker Hermann Scheer ins Gesetz für die regenerative Wärmenutzung schreiben, an dem die Koalition arbeitet.

VON MARKUS GRABITZ
Berliner Redaktion

Auch in Altbauten soll der Einsatz von Öko-Wärme gefördert werden. Für Bestandsimmobilien sollen höhere und verlässlichere staatliche Zuschüsse als bisher eingeführt werden, damit mehr Besitzer zum Umrüsten motiviert werden. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, erneuerbare Energien zur Wärmegewinnung stärker zu fördern.

Im Gespräch mit dieser Zeitung warf Scheer Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) „Lustlosigkeit“ vor: „Das Parlament muss initiativ werden. Das Daueraufschieben in der Regierung bringt uns nicht weiter. Schon beim Erneuerbaren Energiengesetz (EEG) wäre ohne das Parlament nichts gelaufen.“

Konkret geht es darum, die Verbreitung

von Solarenergie, Biogas, Erdwärme sowie Biobrennstoff-Anlagen zu unterstützen. Diese Technologien dienen der Gewinnung von Wärme in Haushalten. Die Förderung der regenerativen Wärmenutzung ist schwieriger als beim Ökostrom. Während der Strom aus Wind- oder Wasserkraftanlagen in die Netze eingespeist werden kann, ist dies bei Wärmeenergie kaum machbar.

Und dennoch soll Öko-Wärme künftig stärker staatlich gefördert werden. Das Bundesumweltministerium hat im Laufe der letzten Wochen viele Experten zum Thema befragt. Drei Förderinstrumente sind nun im Gespräch: Denkbar wäre zum Beispiel eine Umlage: Ähnlich wie im Elektrizitätsmarkt würde bei diesem Modell ein „Erneuerbarer-Energien-Aufschlag“ beim Verkauf von Erdgas und Heizöl fällig. Der Erlös würde dann dem Ausbau der Öko-Wärme zugute kommen.

Innerhalb der Koalition gilt dieser Ansatz aber als chancenlos, weil er die ohnehin hohen Energiepreise weiter in die Höhe treiben würde. Auch die Quotenregelung gilt als aussichtslos: Ähnlich wie bei der Biosprit-Quote müssten hier Importeure von

Erdgas und Heizöl den Einsatz eines bestimmten Anteils an Öko-Wärme nachweisen. Als einzig praktikable Lösung wird das Ordnungsrecht angesehen, auf das auch der SPD-Politiker Scheer setzt. Das heißt, der Gesetzgeber soll beim Neubau von Gebäuden zumindest teilweise die Nutzung von Wärme aus Öko-Quellen vorschreiben.

Holger Krawinkel, Energie-Experte beim Bundesverband der Verbraucherzentralen, unterstützt Scheer: „Das Ordnungsrecht ist der beste Weg.“ Für sinkende Preise werde dann automatisch der freie Markt sorgen. Auf zwei weiteren Feldern der Energiepolitik steht die Koalition vor Entscheidungen. So fordern Umweltpolitiker im Rahmen der Reform des EEG höhere Vergütungen für die Einspeisung von Strom aus Offshore-Windanlagen. Entgegen früheren Planungen sei ein kostendeckender Betrieb der Anlagen noch nicht möglich. Zudem steht das Kraft-Wärme-Koppelung-Gesetz (KWK) auf dem Prüfstand. Da die Minderungsziele für den Kohlendioxid ausstoß nicht erreicht werden, muss die Koalition zusätzliche Maßnahmen für die Förderung der hocheffizienten KWK-Anlagen vorschlagen.